

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 60. Ratssitzung vom 2. September 2015

1214. 2014/325 Interpellation von Nina Fehr Düsel (SVP), Karin Weyermann (CVP) und 34 Mitunterzeichnenden vom 22.10.2014: Schliessung der Postfachanlagen in Zürich Riesbach, Haltung der Stadt sowie Prüfung möglicher Alternativen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 436 vom 20. Mai 2015).

***Karin Weyermann (CVP)** nimmt Stellung: Der Auslöser der Interpellation war die Schliessung der Postfächer in Zürich Riesbach um Miet- und Personalkosten zu sparen. Als Alternative wurde eine Domizilzustellung oder ein Postfach in der Neumünsterpost angeboten. Für letztere Variante wurde die Distanz als unproblematisch erachtet. Die öV-Verbindungen zwischen Riesbach und Kreuzplatz sind jedoch schlecht, der Fussweg ist ungeeignet, wenn man viel Post zu tragen hat. Im Seefeld herrscht zusätzlich sehr viel Betrieb, mit 3600 Arbeitsstätten und etwa 30 000 Arbeitsplätzen ist das Seefeld nicht nur ein Wohnquartier. Eine Domizilzustellung, die bis Mittag erfolgt, ist für Unternehmen nicht praktikabel. Wir wollten von der Stadt wissen, ob sie, wie in der Postverordnung vorgesehen, angehört wurde und den Quartierverein einbezogen hat. Dies verneinte der Stadtrat mit der Begründung, Art. 34 der Postverordnung gelte nicht für Postfachanlagen, sondern nur für Poststellen und Postagenturen. Die Post argumentierte, dass der Betrieb von Postfachanlagen kein Service Public sei und sie wirtschaftlich arbeiten müsse. Unser Vorschlag war, bezahlbare Gebühren einzuführen. Das Resultat waren gute Gespräche ohne Beteiligung der Stadt und es wurde ein Weiterbetrieb der Postfachanlage Riesbach erzielt. Unternehmen zahlen nun 50 Franken pro Monat, Privatpersonen 20 Franken pro Monat.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die geschilderte Situation ist kein Einzelfall, sondern eher ein System. Es wurden bereits mehrere Postfachanlagen geschlossen. Die Empörung war auch bei der Schliessung der Postfächer Oberstrass gross, dort handelte es sich bei den Betroffenen aber nur um Einzelpersonen, die sich nicht gegen die Post wehren konnten. Auf meine diesbezügliche Dringliche Schriftliche Anfrage wurde geantwortet, man habe mit dem Quartierverein gesprochen und die Schliessung sei in Ordnung. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Bei der Postfachanlage 8024 wurden die Nachtöffnungszeiten abgeschafft, was einer Schliessung gleichkommt. Ärgerlich ist ebenfalls die Haltung der Post in dieser Sache. Es wird nicht auf die Bedürfnisse der Kunden Rücksicht genommen, es wird nur rationalisiert.*

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Die Befürwortung des Service Public von bürgerlicher Seite freut mich sehr. Es ist wichtig, dass im Quartier Poststellen vorhanden*

2 / 2

sind. Die Schliessung von Poststellen ist jedoch eine der Folgen der Annahme des Postgesetzes, das die bürgerliche Seite auf Bundesebene unterstützt hat.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *In der Dienstabteilung Stadtentwicklung arbeiten Mitarbeitende, die im regelmässigen Austausch mit der Post stehen. Wir setzen uns intensiv dafür ein, dass quartierverträgliche Lösungen gefunden werden und die Quartier- und Gewerbevereine von der Post frühzeitig begrüsst werden. Postfachanlagen liegen gemäss Bundesgesetzgebung in alleiniger Zuständigkeit der Post, dennoch sind wir auch in diesem Bereich in stetigem Kontakt. Den Stadtrat freut es, dass im Fall von Riesbach eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.*

Niklaus Scherr (AL): *Die Postfächer sollen auch in der Helvetiapost aufgehoben werden. Der Abbau begann mit Kürzungen der Fachschalteröffnungszeiten. Dies ist ein Resultat der Privatisierung dieses Service Public durch die bürgerliche Seite. Eine Koalition aller Geschädigten wäre erforderlich, gerne auch mit der SVP. Aber dabei sollte auch in den Spiegel geschaut werden.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Die Debatte zeigt, dass die Interpellation versucht, ein sachpolitisch durchaus begründetes Thema mit einem Oppositionsverhalten zu verbinden. Dies haben wir nicht unterstützt, obwohl wir die Sache an sich begrüssenswert finden.*

Simon Kälin (Grüne): *Der Natur- und Vogelschutzverein ist von der Postfachschliessung in Leimbach betroffen. Dies generiert auch indirekt Kosten, beispielsweise müssen vorgedruckte Couverts entsorgt werden. Die Institution Post lässt viele Fragen offen. Der Gewinn der Post war gemäss K-Tipp viel grösser als ausgewiesen, die Chefin der Post gibt gerne Interviews in der Tagespresse, schweigt aber bei Fragen von Kundinnen und Kunden. Das Volk muss in Bern dafür sorgen, dass der Service Public wieder gestärkt wird.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat